

Annäherung beim Hochwasserschutz

Schlutenlösung soll über einen Zeitraum von gut fünf Jahren erprobt werden / Auch Umweltverbände zeigen Entgegenkommen

Von Ilona Hüge

NÖRDLICHER BREISGAU/ KAISERSTUHL. Beim Integrierten Rheinprogramm zeichnet sich ein kleiner Erfolg für die Menschen im Polderaum Wyhl/Weisweil ab. In der zehnten Sitzung des Arbeitskreises mit Vertretern des Regierungspräsidiums, der betroffenen Gemeinden von Sasbach bis Rheinhausen und der Bürgerinitiative „Polder Wyhl/Weisweil – so nitt“ in Weisweil gab es eine Annäherung in der strittigen Frage der Durchflutung. Zwei Presseerklärungen informieren über das Ergebnis des Treffens.

„Das Regierungspräsidium informiert über die Umweltverträglichkeitsstudie“, lautet die Pressemitteilung aus Freiburg. „Das Regierungspräsidium Freiburg greift Forderungen der Gemeinden und der Bürgermeister zum Polder Wyhl/Weisweil auf“, heißt es in der Presseerklärung der vier Bürgermeister aus Sasbach, Wyhl, Weisweil und Rheinhausen und der Bürgerinitiative. Beim Treffen der Arbeitsgruppe stand die Umweltverträglichkeitsstudie im Mittelpunkt. Gutachter Detlef Koch stellte die Auswirkungen des geplanten Rückhalteraums vor.

„Großes Interesse fand im anschließenden Austausch insbesondere die vergleichende Bewertung der beantragten ökologischen Flutungen und der von Gemeinde und Bürgerinitiative vorgeschlagenen Schlutenlösung“, so das Fazit des Regierungspräsidiums. BI und Bürgermeister werden deutlicher: „Die gute Nachricht für die betroffenen Gemeinden und die hier lebenden Menschen kam erst am Ende der rund dreistündigen Sitzung“. Der verantwortliche Referatsleiter Harald Klumpp stellte in Aussicht, dass die geforderte ökologische Schlutenlösung „über einen Zeitraum von gut fünf Jahren“ erprobt werden kann. Im Rahmen eines begleitenden Monitorings könne so festgestellt werden, ob die geforderte ökologische Schlutenlösung tatsächlich eine Alternative zu den ökologischen Flutungen darstellen kann.

„Damit trägt das Regierungspräsidium Freiburg den Sorgen und Forderungen der am Rückhalteraum lebenden Menschen ein großes Stück Rechnung“, betonen die Bürgermeister und die BI: Im Dezember 2018 hatten rund 7700 Menschen einen Aufruf der Bürgerinitiative



Der Rheinauwald (hier bei Wyhl) ist ein reizvolles Naherholungsgebiet. Das sehen die Anliegergemeinden durch die Planungen zum Hochwasserschutz gefährdet. Die von ihnen geforderte Schlutenlösung bekommt nun doch eine Chance im Verfahren.

FOTO: ROLAND VITT

unterstützt, in dem ein Durchströmung der vorhandenen Schluten gefordert wurde, anstelle den Rheinwald an knapp 60 Tagen jedes Jahr zusätzlich zu fluten. „Für die Gemeinden und die BI ist es wichtig, dass die nun angebotene Erprobung ergebnisoffen erfolgt“, betonen BI und Bürgermeister weiter.

Unterstützung erhält die praktische Erprobung inzwischen auch von den Umwelt- und Naturschutzverbänden. „BUND und NABU erklären ausdrücklich ihre Zustimmung, auf ökologische Flutungen zu verzichten, falls sich in dem gemeinsam abgestimmten Monitoring herausstellen sollte, dass die Flutung der ausgewählten Schluten eine hinreichende Anpassung der Lebensgemeinschaften an die Hochwasserrückhaltungen bewirkt“, betonen Gemeinden und BI. „Mit diesem Entgegenkommen signalisieren die Verbände erneut ihre Bereitschaft, mit den Anliegergemeinden und den BIs zu

einem Interessenausgleich zu kommen“, heißt es in dem Schreiben an die Bürgermeister und BI-Vertreter Dieter Ehret.

Allerdings machen BUND und NABU gleichzeitig deutlich, dass nach dem Probebetrieb mit den ökologischen Flutungen begonnen werden müsse, wenn sich beim Monitoring zeige, dass eine Anpassung der Lebensgemeinschaften in den Polderarealen durch eine Durchströmung der Schluten nicht gelingt. Das gebe das Bundesnaturschutzgesetz vor.

Das Fazit aus Sicht von Gemeinden und BI: Mit der nun genannten gut fünf Jahre dauernden Testphase liege „ein konstruktiver Vorschlag des Regierungspräsidiums“ vor. Die Stellungnahme der Umweltverbände mache den Weg für eine gemeinsam getragene Lösung.

Referatsleiter Harald Klumpp betonte bei dem Treffen, das Regierungspräsidium wolle auch während des laufenden Planfeststellungsverfahrens den Dialog

mit der Bevölkerung aufrechterhalten: „Wir wollen ein zusätzliches Informationsformat anbieten, mit dem wir die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erreichen.“ Die Behörde verweist auf die aktualisierte Homepage. Speziell zum Hochwasserrückhalteraum Wyhl/Weisweil seien dort neue Fragen und Antworten eingestellt (www.irp-bw.de).

Das Regierungspräsidium aktualisiert derzeit die Unterlagen auf Grundlage des jetzt vorliegenden Natura 2000-Managementplans für das FFH-Gebiet „Taubergießen, Elz und Ettenbach“. Man hoffe, dass die Offenlage der Planungsunterlagen noch 2019 erfolgen kann, so der Projektverantwortliche Andreas Gold.

Info: Die BI „Polder Wyhl/Weisweil – so nitt“ lädt alle Bürger für heute, Montag, 18.30 Uhr, ins Pfarrhaus Wyhl (Kolpingsaal) ein, um über das Gespräch mit dem Regierungspräsidium zu informieren und zu diskutieren.